

Hans-Olaf Henkel im Gespräch

# „Es geht auch ohne eine große Koalition“

Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel über Neuwahlen, die Föderalismusreform und die Allmacht der Parteien.



## HANS-OLAF HENKEL

Hans-Olaf Henkel wurde 1940 geboren, studierte nach kaufmännischer Lehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Über 30 Jahre arbeitete er in leitender Verantwortung für die Computerfirma IBM, zuletzt als Europa-Chef. Von 1995 bis 2000 war Henkel Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), heute ist er Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz und Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Henkel ist Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Beiräten und Vorstandsvorsitzender des „Konvent für Deutschland e.V.“

## KONVENT FÜR DEUTSCHLAND

Der „Konvent für Deutschland“ hat bekannte Mitglieder: Die Schöpfer der Idee, Vorschläge zur „Reform der Reformfähigkeit Deutschlands“ zu konzipieren, sind Hans-Olaf Henkel und Roland Berger. Neben Bundespräsident a. D. Roman Herzog und Klaus von Dohnanyi befinden sich renommierte Personen im Konventkreis. Weitere Mitglieder: Peter Glotz, Otto Graf Lambsdorff, Jutta Limbach, Oswald Metzger, Manfred Pohl, Manfred Schneider, Rupert Scholz, Henning Voscherau und Monika Wulf-Mathies. Das Ziel: Die „Föderalismus-Kommission“ konstruktiv zu unterstützen. Die Gründung wurde am 3. Oktober 2003 im Hotel Adlon in Berlin gefeiert.

politik&kommunikation: Sie engagieren sich im „Konvent für Deutschland“, der von der Bundesregierung eine Offensive zur Reform des Föderalismus noch vor den geplanten Neuwahlen fordert. Haben Sie noch Hoffnung vor dem 18. September?

**Hans-Olaf Henkel:** Das ist inzwischen unrealistisch geworden. Umso wichtiger ist es, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen zu einer „Reform unserer Reformfähigkeit“ bekennen.

p&k: Was ist der wichtigste Punkt Ihrer Forderung zur „Reform der Reformfähigkeit“?

**Henkel:** Ich halte eine Wiederbelebung des Föderalismus für vordringlich. Dabei sollten aber nicht nur die im Dezember abgebrochenen Gespräche der Föderalismuskommission wieder aufgenommen werden, man muss unbedingt die Reform unserer Finanzverfassung mit aufnehmen. Die Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen geklärt werden. Derjenige, der für eine Sache verantwortlich ist, muss auch die Möglichkeit haben, diese zu finanzieren.

p&k: Was brennt Ihnen noch unter den Fingernägeln?

**Henkel:** Die aktuelle Diskussion zeigt, dass wir Bürgerrechte stärken müssen. Wir brauchen in einigen Bereichen plebiszitäre Elemente. Je mehr die Bürger direkt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, desto mehr muss die Politik sich anstrengen, ihre Vorschläge zu erklären. Dadurch wird die Bevölkerung insgesamt aufgeklärter und verhält sich verantwortungsbewusster. Man kann das sehr gut am Beispiel der Volksabstimmungen in der Schweiz demonstrieren. Klar, wir müssen nicht so weit wie die Schweiz gehen, aber es lohnt sich, einen „Katalog“ der Art der Entscheidungen aufzustellen, die auch den deutschen Bürger direkt treffen sollte.

p&k: Also weniger Macht für die Politiker?

**Henkel:** Vor allem weniger Macht für die Parteien. Wir sollten unser Wahlrecht so reformieren, dass zu Lasten der heutigen Allmacht der Parteien der Wähler einen direkteren Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten hat. Heute liegt die personelle Zusammensetzung der zukünftigen Mitglieder des Bundestages schon zu über Dreivierteln vor der Wahl fest. Dies könnte man durch Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts oder durch eine Er-

höhung der Direktmandate oder durch beides erreichen. Das Modell der amerikanischen Primaries ist wegweisend.

**pGk:** Ohne Empfehlungen für die Wahl abzugeben: Ist nicht eine große Koalition die geeignetste Konstellation für eine fundierte Reform des Föderalismus?

**Henkel:** Viele Veränderungen kann man auch ohne eine Änderung der Verfas-

serabschiedet werden – das geht dann auch ohne eine große Koalition.

**pGk:** Wie groß ist die Hoffnung, dass es einer neuen Bundesregierung gelingt, die Ministerpräsidenten zu einer Abgabe von Kompetenzen zu bringen?

**Henkel:** Sie ist nicht so gering, wenn unter dem Strich die Länder mehr Kompetenzen bekommen als sie vorher hatten.

Ist diese Forderung nicht zu pauschal?

**Henkel:** Es gibt kein alleinigmachen des Allheilmittel zur Bewältigung unserer Probleme. Aber die Situation wird sich noch dramatisch verschärfen, wenn wir es so weiterlaufen lassen. Deshalb brauchen wir kein Allheilmittel, dagegen aber alle Heilmittel, die zur Verfügung stehen. Der Abbau von Bürokratie ist eins davon.

WENIGER MACHT  
FÜR PARTEIEN  
Hans-Olaf Henkel will  
die Föderalismus-  
Debatte neu beleben



**pGk:** Wird die generelle deutsche Situation – auch von Seiten einiger Wirtschaftsführer – momentan nicht schlechter gerichtet als sie ist?

**Henkel:** Angesichts des Rekordstandes von Insolvenzen, 40.000 im letzten Jahr, und fünf Millionen Arbeitslosen sowie einer Rekordverschuldung erlebe ich eher immer noch zu viel Schönfärberei durch reformfaule Politiker.

**pGk:** Aber der Weg zu großem Wachstum und Ende der Massenarbeitslosigkeit scheint auf mehrere Jahre versperrt. Wie nimmt man die enttäuschte Bevölkerung mit auf den Weg der Veränderung, ohne leere Phrasen zu predigen?

sung vornehmen. Aber auch wenn man eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag für einige dieser Veränderungen braucht, heißt das nicht, dass man dazu eine große Koalition braucht. Zurzeit hat nur die FDP die Einberufung eines Konvents im Wahlprogramm; und es wäre ja paradox, wenn ausgerechnet diese Partei von den Entscheidungen ausgeschlossen wäre. Nein, ich glaube wir müssen eine Gruppe unabhängiger „Weiser“ fragen, dem Parlament und dem Bundesrat entsprechende Vorschläge zu machen.

**pGk:** Was würde sich dann ändern?

**Henkel:** Der Haken an der gescheiterten Föderalismuskommission war doch, dass man Leute mit Macht gefragt hat, diese neu zu verteilen. Die Sachlichkeit kam zu kurz, vieles wurde zu sehr nach Machtgesichtspunkten beurteilt. Ein von einem unabhängigen Gremium ausgearbeiteter Vorschlag sollte vom Bundestag und Bundesrat diskutiert, verändert und

Ich war immer schon der Meinung, dass kleinere Einheiten bewegungsfähiger sind als große, dass der Wettbewerb zwischen Bundesländern zu einem insgesamt stärkeren Deutschland führt. Warum etwa muss die Bundesregierung entscheiden, wie lange die Läden in Halle geöffnet sein dürfen? Das kann man doch den Hallensern selbst überlassen. Unser Schulsystem braucht nicht etwa mehr Zentralismus sondern mehr Freiheit. Unsere Universitäten werden nicht durch zentral gelenkte Prämiensprogramme à la „Spitzenuniversitäten“ besser, sondern durch den Wettbewerb untereinander. Wissen Sie, wie man wettbewerbsfähig wird? Durch Wettbewerb! Das gilt nicht nur für den Sport, das gilt für viele andere Lebensbereiche auch.

**pGk:** Mehr Wettbewerb ist ein Schlagwort, Bürokratie-Abbau das andere. Die Streichung von Behörden scheint mittlerweile die Lösung aller Probleme zu sein.

**Henkel:** Indem man die Wahrheit sagt und sich auch öffentlich nicht nur mit den Symptomen sondern mit den Ursachen der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Schon seit einiger Zeit lohnt es sich kaum noch, in Deutschland neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ausländer meiden uns, die deutschen Unternehmen gehen woanders hin und wenn sie es, wie oft beim Mittelstand der Fall, nicht können, gehen zu viele von Ihnen Pleite. Inzwischen ist die Eigenkapitalausstattung deutscher mittelständischer Unternehmen auf einem historischen Tief, die Zahl der Pleiten auf einem historischen Hoch. Auch die Tatsache, dass einige deutsche Unternehmen im Ausland erfolgreich sind, und deshalb wieder gut verdienen, ändert nichts daran, dass hierzulande mit dem Einrichten neuer Arbeitsplätze einfach zu wenig zu verdienen ist. Wenn das geändert wird, geht's wieder aufwärts.

Interview: Manuel Lianos ■